



Vom Boom zur Flaute und wieder zurück – Wie steht es um die deutsche Wirtschaft?

Deutschland ist im Krisenmodus. Noch 2019 befürchteten einige Experten eine drohende Rezession der deutschen Wirtschaft. Der rasante Fall kam jedoch schneller als gedacht: Aufgrund der Corona-Pandemie sank Deutschland 2020 in eine Rezession. Mit zahlreichen Maßnahmen schafften Politik und Wirtschaft bis Anfang 2022 eine relative Markterholung. Doch der Krieg zwischen Russland und der Ukraine sorgt erneut für massive Einbußen. Der Krisenmodus bleibt aktiv. Die Folgen sind gestiegene Energiepreise und Lieferengpässe.

Wie steht es nun wirklich um die wirtschaftliche Situation in Deutschland und reagiert die Politik angemessen und schnell genug auf die steigende Inflation? Droht womöglich eine weitere Rezession?

In dieser Unterrichtseinheit analysieren die Schülerinnen und Schüler die Konjunktorentwicklung in Deutschland mithilfe digitaler, interaktiver Statistiken und diskutieren über die Notwendigkeit möglicher konjunkturentwicklungsrelevanter Maßnahmen.

Überblick

Themenbereich	Wirtschaftspolitik → Konjunkturpolitik
Vorwissen	Bruttoinlandsprodukt, Export/Import, Inflation, Konjunkturzyklus, Konjunkturindikatoren (Früh-, Präsenz-, Spätindikatoren)
Zeitbedarf	2 Unterrichtsstunden
Methoden	Amerikanische Debatte, Statistikanalyse
Kompetenzen	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none">◆ analysieren die Konjunkturentwicklung in Deutschland ab 2010.◆ beurteilen die aktuelle konjunkturelle Lage in Deutschland und erklären die Gründe dafür.◆ erläutern mögliche konjunkturpolitische Maßnahmen des Staates.◆ diskutieren die Stoßrichtung wirtschaftspolitischen Handelns in Phasen der (drohenden) Rezession.
Schlagwörter	Abschwung, Arbeitslosigkeit, Aufschwung, BIP, Boom, Depression, Konjunkturpolitik, Preisniveau, Rezession
Autorin	Kersten Ringe
Produktion	C. C. Buchner Verlag / Klett MINT (aktualisiert 2022)



Die konjunkturelle Entwicklung und konjunkturpolitische Maßnahmen

Die Finanzkrise 2007/2008 verursachte weitreichende Verschiebungen und Umwälzungen auf den internationalen Kreditmärkten. Mit Sofortmaßnahmen und neuen Regeln zur Regulierung und Aufsicht von Finanzinstituten sowie einem weiteren Gesetz zur Finanzmarktstabilisierung (FMStErgG) konnte in Deutschland nach der Krise in nahezu allen **konjunkturrelevanten Indikatoren** ein signifikantes Wachstum verzeichnet werden. Die Arbeitslosigkeit sank bis 2019 um 3 Prozent, das Bruttoinlandsprodukt stieg von ca. 2,5 auf 3,5 Billionen Euro 2019. Der Außenhandelsaldo stieg Jahr für Jahr.

Dieser **Aufwärtstrend** kam allerdings bereits vor der Corona-Krise ins **Schwanken**. Internationale Entwicklungen wie die Abschottungspolitik der USA unter der Trump-Administration, das Wachstum der Volksrepublik China (als großem Abnehmer deutscher Industriegüter) und auch die Unsicherheiten über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union bremsten die deutsche (Exportgüter-)Wirtschaft ein.

Die Ausbreitung von Corona und den damit einher gegangenen **Lockdowns** und Wirtschaftsmaßnahmen zu deren Eindämmung beschleunigte diesen Abwärtskurs und es kam zu einer **Rezession**. Die Arbeitslosigkeit stieg auf fast 6 Prozent, das BIP sank erstmals seit 2009. Besonders hart wurde der Außenhandel getroffen, der zwischen 2018 und 2021 einen Schwund von über 50 Milliarden zu verzeichnen hatte. Der für Deutschland wichtige Export von Gütern sank, während der Import nicht gleichermaßen schrumpfte. Globale Warenströme wurden durch Sperrung von Häfen (China) gehemmt, Lieferketten gekappt. Aufgrund von Unsicherheit, Schließungen, Entlassungen und Kurzarbeit sank der Konsum der Bevölkerung.

Den wirtschaftlichen „Schlag“ dieses Ausnahmezustands wurde mit Entlastungen wie der Senkung der Mehrwertsteuer und Überbrückungshilfen entgegengewirkt. Und das zeigte Wirkung: Die Arbeitslosenquote ist seit 2021 am Fallen, das Bruttoinlandsprodukt verzeichnet ein deutliches Wachstum.

Mit dem **Wiederhochfahren der Wirtschaft** durch Öffnungen Innen und Außen stieg jedoch gleichzeitig die Inflationsrate. Denn zum einen stehen fehlenden Konsumausgaben 2020 und 2021 Ersparnisse der Bevölkerung gegenüber, was aufgrund höherer Kaufkraft zu **Preiserhöhungen** führte. Zum anderen haben Unternehmen Schwierigkeiten auf die schnell wachsende Nachfrage zu reagieren, da die oben beschriebenen Probleme Lieferengpässe mit sich brachten und die Beschaffung von Gütern teurer wurden. Deshalb legten Unternehmen Kosten auf die Endnutzer um. Dazu kamen bereits gestiegene Energiepreise, was die Inflation mit fast 8 Prozent im Mai 2022 auf ein historisches Hoch katapultierte.

Neben der hohen **Inflation** muss sich Deutschland zudem seit Februar 2022 den Auswirkungen des Krieges zwischen Russland und der Ukraine stellen. Auch hier wird die Abhängigkeit vom Außenhandel deutlich: Die bereits gestiegenen Energiepreise erhalten eine Verschärfung durch gedrosselte Gaslieferungen, eine Gasumlage soll für eine faire Verteilung der Kosten sorgen.

Forderungen nach Entlastungen und **Stabilisierung der ökonomischen Entwicklung** werden deshalb lauter. Zum einen müssten die Staatsschulden abgebaut, zum anderen aber auch Entlastungen geschaffen werden. Christian Lindner, Bundesminister der Finanzen, betont die Einhaltung der Schuldenbremse ab 2023 und spricht von steuerlichen Grundfreibeträgen sowie Anpassungen der Lohnsteuer. Sebastian Dullien, wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung warnt hingegen vor einer Lohn-Preis-Spirale und betont den Ausgleich des Kaufkraftverlustes, um die Rezession abzuwenden.

Literaturhinweise:

- Böschen, Iris (2017): Makroökonomik und Wirtschaftspolitik. Ein Lehrbuch zur Entwicklung nach der Weltwirtschaftskrise 2009.
- Klump, Rainer (2013): Wirtschaftspolitik. Instrumente, Ziele und Institutionen.

Unterrichtsverlauf

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps / Hinweise
1. und 2. Unterrichtsstunde				
10'	Einstieg	Die SuS beschreiben aus Sicht zweier junger Arbeitnehmer die Auswirkungen eines Wirtschaftsabschwungs auf ihren (beruflichen) Alltag.	M1 Ein Paar und die Wirtschaftslage	Unterrichtsgespräch ggf. als vorentlastende Hausaufgabe geben
20'	Erarbeitung I	Die SuS überprüfen eine Aussage zur Wirtschaftslage Deutschlands in der letzten Dekade mithilfe konjunkturrelevanter Daten.	Interaktive Statistik: Konjunkturrelevante Daten	Methode: Statistikanalyse Kleingruppenarbeit mit abschließendem Unterrichtsgespräch im Plenum Aufgabe 2b ist optional.
30'	Erarbeitung II	Die SuS stellen dar, wie das Ifo-Institut und der Sachverständigenrat die aktuelle wirtschaftliche Lage in Deutschland beurteilen.	M2 Und heute? Wie entwickelt sich die Wirtschaftslage in Deutschland? M3 Sachverständigenrat: Stopp gegen russische Energielieferungen	Arbeitsteilige Partnerarbeit → zusammenführende Gruppenarbeit Unterrichtsgespräch zur Ergebnissicherung
30'	Vertiefung	Die SuS diskutieren rollengebunden staatliche Handlungsmöglichkeiten in Zeiten einer sich aufgrund von Krisen schnell verändernden Konjunktur. Sie fällen im Anschluss ein eigenes Urteil aus ihrer persönlichen Sicht.	M4 Wie sollte der Staat der Wirtschaftsschwäche begegnen?	Arbeitsteilige Gruppenarbeit Methode: Amerikanische Debatte

M1

Ein Paar und die Wirtschaftslage

Riccarda (29) und Florian Montevalle (28) sind seit zwei Jahren verheiratet, haben aber (noch) keine Kinder. Sie leben in der Leipziger Innenstadt zur Miete in einer großzügigen Vierzimmerwohnung. Riccarda arbeitet in der Verwaltung (Einkauf von Komponenten) eines großen deutschen Automobilkonzerns. Florian ist Fachangestellter in einem mittelständischen Betrieb für den Bau hochspezialisierter Maschinenteile, die in die ganze Welt exportiert werden. In der Firma hat er bereits seine Ausbildung absolviert. Riccarda ist seit vier Jahren bei ihrem jetzigen Arbeitgeber beschäftigt. Beide haben beim Finden ihrer Arbeitsplätze von der guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland profitiert.

Beim ausgedehnten Sonntagsfrühstück hört das Paar einen längeren Radiobeitrag, in dem u. a. folgender Abschnitt vorkommt: „Die Geschäftsaussichten der deutschen Industrieunternehmen trüben sich zusehends ein. Führende Wirtschaftswissenschaftler befürchten unter anderem deutliche Rückgänge der Warenausfuhren besonders in die USA. Eine Umfrage bei den Chefs der 100 wichtigsten deutschen Unternehmen ergab, dass bereits jetzt die Auftragseingänge nachlassen. Die nationale Nachfrage in Deutschland wird die nachlassende Nachfrage insbesondere aus Übersee nicht auffangen können. Die Unternehmensleitungen rechnen damit, dass die Auftragsbücher im kommenden Jahr nicht mehr voll sein werden.“



Aufgabe

- 1 Erläutern Sie, in welcher Weise Riccarda und Florian von den im Radio geschilderten Umständen betroffen sein könnten.



Interaktive Statistik: Konjunkturrelevante Daten

Neben der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes gibt es eine Vielzahl an wichtigen ökonomischen Indikatoren, die uns darüber Auskunft geben können, in welcher Phase sich eine Wirtschaft gerade befindet. In dieser interaktiven Statistik können Sie sich über die Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland informieren. Dabei können Sie sich einzelne Indikatoren in ihrem Verlauf anschauen, beispielsweise die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Arbeitslosenzahlen, der Inflationsrate oder des Ifo-Geschäftsklimaindexes. Diese können Sie einzeln oder im direkten Vergleich zur Entwicklung eines anderen Indikators analysieren.

Aufgabe

- 2
 - a) Die Konjunkturentwicklung in Deutschland seit 2010/2011 wird auf den Wirtschaftsseiten der überregionalen Tageszeitungen häufig als „historisch lange Phase des Aufschwungs“ bezeichnet. Überprüfen Sie diese Einschätzung mithilfe der interaktiven Statistik in Gruppen à vier Personen.
 - b) Riccarda erinnert sich: Noch vor gar nicht langer Zeit befand sich Deutschland in einem Wirtschaftsboom (konjunkturelles Hoch). Gestalten Sie analog zu M1 einen kurzen Radiobeitrag, den Riccarda während dieser Zeit des Wirtschaftsbooms gehört haben könnte.

M2

Und heute? Wie entwickelt sich die Wirtschaftslage in Deutschland?



© picture alliance/jens kalaene/dpa-Zentralbild/ZB

Die deutsche Wirtschaft ist gut durch die beiden Coronawellen im zurückliegenden Winterhalbjahr gekommen. Nach einem leichten Rückgang um 0,3% im Schlussquartal 2021, konnte die Wirtschaftsleistung bereits im ersten

5 Quartal 2022 wieder zulegen und lag zuletzt noch knapp ein Prozent unter ihrem Vorkrisenwert von Ende 2019. Damit legte die konjunkturelle Erholung eine vorübergehende Pause ein. Bereits ab Januar nahm die Konjunktur in den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen wieder an Fahrt auf und trug im ersten Quartal maßgeblich zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 0,2% bei. Auch die Bauwirtschaft startete kräftig ins Jahr und profitierte von vollen Auftragsbüchern und einem milden Winter.

15 Im Verarbeitenden Gewerbe hingegen stagnierte die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal. Hier machten sich bereits erste Folgen des Krieges in der Ukraine bemerkbar. So brachen im März die Ausfuhren nach Russland als Folge der Sanktionen ein. Für sich genommen reduzier-

20 ten sich dadurch die gesamtdeutschen Warenexporte um 1,2% innerhalb eines Monats.

Zudem verschärfte der Krieg die Engpässe bei der Lieferung von Rohstoffen und Vorprodukten, unter denen die Industrie bereits seit dem vergangenen Jahr leidet.

25 Vor allem die Automobilindustrie musste deshalb im März vorübergehend die Produktion drosseln. Schließlich trieben die Engpässe sowie kräftig gestiegene Energiepreise die Produktionskosten und damit die Erzeugerpreise spürbar nach oben. In der Folge nahmen seit

30 Jahresbeginn die Auftragsgänge der Industrieunternehmen ab.

Auch die Konsumkonjunktur zeigt erste Spuren der hohen Inflationsraten. Der Anstieg der Verbraucherpreise erreichte im Mai 7,9%. Neben Energie verteuerten sich

35 in den vergangenen Monaten vor allem Nahrungsmittel spürbar. Aber auch die Preise der übrigen Waren und Dienstleistungen legten mit weit überdurchschnittlichen Raten zu. Der damit verbundene Kaufkraftverlust der privaten Haushalte hat sich zu Jahresbeginn in einem rückläufigen Warenkonsum niedergeschlagen. Dank eines spürbaren Anstiegs der Ausgaben für Dienstleistungen hat allerdings der private Konsum insgesamt im ersten Quartal stagniert. Hier schlugen sich das Abflauen der Coronawelle und die damit einhergehende Normalisierung des Ausgabeverhaltens der privaten Haushalte nieder.

„Die Wirtschaftsleistung liegt derzeit noch immer ein Prozent unter dem Vor-Corona-Niveau von Ende 2019. Wir rechnen aber mit einem allmählichen Rückgang der Rohstoffpreise und der Materialengpässe im zweiten Halbjahr.“

Timo Wollmershäuser, ifo Konjunkturprognose Sommer 2022: Inflation, Lieferengpässe und Krieg bremsen wirtschaftliche Erholung in Deutschland, 15.6.2022.

Das ifo-Institut ist eine Forschungseinrichtung mit Sitz in München, die sich mit der Analyse der Wirtschaftspolitik beschäftigt.

M4

Wie sollte der Staat der Wirtschaftsschwäche begegnen?

Deutschland braucht wirtschaftliche Stärke und Solidität

© Bundesministerium der Finanzen / Photothek

Der finanzpolitische Krisenmodus muss ein Ende haben, stellt Finanzminister Christian Lindner klar. Deswegen kämpfe er auch dafür, dass die Schuldenbremse 2023 endlich wieder eingehalten wird.

Angesichts steigender Inflationsrate, explodieren-
 10 der Energiepreise und den Folgen von Pandemie und Krieg unterstrich Bundesfinanzminister Christian Lindner im Gespräch mit dem „Mannheimer Morgen“, dass er als Finanzminister Verantwortung dafür trage, sorgsam mit dem Geld der Menschen umzugehen und den
 15 Staat nicht zu überfordern. „Wir brauchen wirtschaftliche Stärke und Solidität.“ Aus diesem Grund kämpfe er auch dafür, dass Deutschland nach drei Krisenjahren 2023 die Schuldenbremse wieder einhalte. „Das muss auch so sein, damit der Staat durch expansive Ausga-
 20 benprogramme nicht die Inflation noch anheizt“, unterstrich er.

Schulden werden nicht leichtfertig gemacht

Die Bundesregierung hat in diesem Jahr einen Ergänzungshaushalt mit 39,2 Milliarden Euro zusätzlicher Net-
 25 tokreditaufnahme beschlossen. Lindner machte deutlich: „Ich mache Schulden nicht leichtfertig.“ In der aktuellen

Kriegs- und Krisensituation müsse ein Strukturbruch der Wirtschaft verhindert, der Preisschock für die Bürger gedämpft, die Bundeswehr gestärkt und noch Maßnahmen des Gesundheitsschutzes finanziert werden. „Entscheidend sind aber nicht die Schulden dieses Jahres, sondern der Ausstieg aus dem finanzpolitischen Krisenmodus“, betonte der Finanzminister. „Wenn wir die Schuldenbremse einhalten und mit Bürokratieverzicht und Wachstumsimpulsen die Wirtschaft stärken, befreien wir uns von der Verschuldung.“

Menschen werden um viele Hundert Euro entlastet

Die Ampel-Koalition hat mittlerweile mehrere Entlastungspakete für die Bürgerinnen und Bürger geschnürt.
 40 Der Finanzminister rechnete vor, dass schon die ersten beiden Pakete die Menschen um viele hundert Euro entlasteten: „Von 100 Euro zusätzlichem Kindergeld und 300 Euro Energiepreispauschale über die Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags bis hin zum Steuerrabatt an der Zapfsäule und der Abschaffung der EEG-Umlage auf die Stromrechnung.“

Kalte Progression wird bekämpft

Er kündigte an, im Herbst einen fairen Vorschlag machen zu wollen, wie im kommenden Jahr die kalte Progression weiter bekämpft werde. Dabei gehe es um die Erhöhung des steuerfreien Grundbetrags und um den Tarifverlauf bei der Lohn- und Einkommensteuer. Für Lindner ist klar: „Der Staat darf sich nicht an der Inflation bereichern, wenn die Gehaltserhöhungen nur den Verlust an Kaufkraft ausgleichen.“

fdp.de, 02.05.2022

fdp.de ist die offizielle Homepage der Freien Demokratischen Partei e.V.;

Christian Lindner ist Vorsitzender der Freiheitlichen Deutschen Partei (FDP) und Bundesminister der Finanzen.

M4

Wie sollte der Staat der Wirtschaftsschwäche begegnen?

[...]

Droht [...] eine sogenannte Lohn-Preis-Spirale?

Wir müssen jetzt zweierlei verhindern: Die durch die hohen Energiepreise getroffene Kaufkraft der Konsumenten muss so stabilisiert werden, dass Deutschland nicht in eine Rezession rutscht. Zudem muss verhindert werden, dass Gewinnmitnahmen und Lohnsteigerungen massiv inflationär wirken. Auf diesem schmalen Gra[t] [...] bedarf es eines guten Zusammenspiels von Finanzpolitik und der Tarifpolitik der Sozialpartner. Und dazu gehört auch die Europäische Zentralbank. Die EZB wird einen makroökonomischen Dialog sehr genau beobachten.

Und wenn sie sieht, dass die Gefahr einer Preis-Lohn-Spirale gesenkt wird, dann sinkt auch das Risiko, dass sie zu stark die Zinsen erhöht und dass sie eine Rezession zur Senkung der Inflation hervorrufen muss. So könnte auch in der Geldpolitik Stabilität erzeugt werden.

[...]

Wie muss der schmale Gra[t] [...], den Sie erwähnt hatten, begangen werden?

Wir werden in diesem Jahr eine Inflation von durchschnittlich knapp 7 Prozent haben. Gesamtwirtschaftlich kann die Tarifpolitik das kurzfristig nicht kompensieren. Das bedeutet, dass Kaufkraft verloren geht. Idealerweise müsste der Staat einspringen und jetzt dies ausgleichen. Die Tarifpolitik müsste in der Folge diese Kaufkraftverluste wieder nachhaltig zurückholen, gegebenenfalls in mehreren Schritten.

[...]

Scholz hat als Vorbild den Tarifabschluss der IG-BCE erwähnt, der sich auf Einmalzahlungen beschränkt hat. Ist das der Weg?

Der IG-BCE-Abschluss mit den Einmalzahlungen ist eine gute Brücke, die für eine konkrete Branche zu ei-

nem konkreten Zeitpunkt ausgehandelt wurde. Da gab es keine Steigerung in den Tariftabellen. Es geht kein Weg daran vorbei, dass da noch etwas draufkommt. Darüber hinaus kommt es darauf an, dass der Staat jetzt die Kaufkraft stützt, etwa durch steuerpflichtige Einmalzahlungen – denn da kommt mehr bei den Ärmern als bei den Reichen an. Das nimmt dann Druck aus den Tarifverhandlungen und verringert die Gefahr von Abschlüssen, die dann doch stabilitätsgefährdend wirken könnten



© picture alliance/dpaZentralbild

Also weitere staatliche Entlastungspakete?

Unsere Befragungen zeigen, dass große Teile der Bevölkerung sich derzeit finanziell belasteter fühlen als jemals in den Zeiten der Corona-Krise. Das muss eingefangen werden. Und das ist derzeit die Aufgabe des Staates. Es müsste ein weiteres Entlastungspaket kommen, zusätzlich zu den Rentenerhöhungen, die im September kommen, und zu den Entlastungspaketen, die schon beschlossen wurden.

Aber schon im nächsten Jahr soll wieder die Schuldenbremse gelten.

Das stimmt. Eine Möglichkeit wäre, das Geld aus dem neuen Entlastungspaket im Dezember auszuzahlen. Dann könnte das noch im Bundeshaushalt für 2022 verbucht werden. Was nicht geht: Wenn der Staat nichts auf den Tisch legt und die Bundesregierung den Sozialpartnern vorschreiben würde, was sie nun tun müssen. Das wäre letztlich auch das Aushebeln der Tarifautonomie.

RND, Konzertierte Aktion: „Die Bundesregierung muss ein weiteres Entlastungspaket schnüren“, rnd.de, 04.06.2022.

Prof. Dr. Sebastian Dullien ist wissenschaftlicher Direktor des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK).

D Wichtige Begriffe**IG-BCE**

Die IG-BCE (= Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie) ist eine der größten Gewerkschaften Deutschlands. Sie vertritt die Interessen ihrer Mitglieder (= Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) und verhandelt mit den Arbeitgebern zu Lohn oder Urlaubstagen und vielen anderen sozialrechtlichen Belangen. Sie sind auch in der Politik aktiv oder rufen bei Bedarf zum Streik auf.

“Lohn-Preis-Spirale”

Die Lohn-Preis-Spirale bezeichnet eine Kettenreaktion von Lohn- und Preissteigerungen. Lohn und Preis stehen in wechselseitigem Zusammenhang. Erhöhen beispielsweise Unternehmen ihre Preise aufgrund von erhöhten Produktions- oder Lohnkosten, fordern Gewerkschaften oft Lohnerhöhungen. Diese wiederum können eine erneute Preissteigerung nach sich ziehen. Die Lohn-Preis-Spirale ist ein Effekt der Inflation, der diese gleichzeitig verstärkt.

“Kalte Progression”

Die „kalte Progression“ ist ein Effekt, der auftritt, wenn Gehaltserhöhungen zwar die Inflation ausgleichen, durch eine fehlende Anpassung des Steuertarifs aber trotzdem eine Mehrbelastung entsteht. Das heißt, der Lohn steigt zwar, aber auch die steuerlichen Abgaben, sodass kein wirklicher Ausgleich der Inflation stattfinden kann.

“Schuldenbremse“

Die Schuldenbremse bezeichnet eine seit 2011 bestehende und im Grundgesetz verankerte Regelung, dass sich die Neuverschuldung der Bundesrepublik Deutschland (ab 2016) jährlich nur noch auf 0,35% des aktuellen Bruttoinlandsprodukts belaufen darf. Die Bundesländer dürfen (ab 2020) gar keine zusätzlichen Schulden mehr machen. Ausgenommen davon sind Kredite zur Bekämpfung der Folgen von Naturkatastrophen oder schweren Wirtschaftskrisen.

Konjunkturpolitik

Staatliche Konjunkturpolitik hat das Ziel, die wirtschaftlichen Aktivitäten in einer Volkswirtschaft zu stabilisieren und damit gesamtwirtschaftliche Schwankungen zu glätten.

Aufgabe

- 4**
- Erläutern Sie die angegebenen Maßnahmen, mit denen ein Staat in Zeiten von Krisen und einer drohenden Rezession die Konjunktur beleben und damit die konjunkturelle Entwicklung eines Landes positiv beeinflussen kann (M4).
 - Wie sollte die Bundesregierung auf die konjunkturelle Abschwächung reagieren? Nehmen Sie die Positionen von Christian Lindner bzw. Sebastian Dullien ein und diskutieren Sie diese Frage in Form einer amerikanischen Debatte.
 - Begründen Sie aus Ihrer persönlichen Sicht, ob bzw. welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Bundesregierung beschließen sollte.